

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 13.06.2003
	Schriftführer Telefon-Nr. Peter Kredelbach 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuß	Sitzung am Dienstag, 27. Mai 2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr - 20:32 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 19:00 Uhr – 19:10 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 01.04.2003 - öffentlicher Teil -
293/2003**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5. Vorstellung der internetgestützten Wirtschaftsförderung in Bergisch Gladbach - Vortrag mit On-Line-Vorführung -**
- 6. Machbarkeitsstudie zur Anbindung an die Autobahn A 4
298/2003**
- 7. Tragfähigkeitsanalyse für zwei projektierte Einkaufszentren**

221/2003

8. **Antrag der SPD-Fraktion vom 18.04.2002 zu dem Antrag der Fraktion vom 04.03.2002 mit familienpolitischen Themen;
hier: Bericht "Lebenssituation von Familien in Bergisch Gladbach - Daten und Angebote"**
242/2003
9. **Satzung über die Festlegung der Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach für die Wahlperiode 2004 bis 2009**
288/2003
10. **Stadtvertretung, Dienstreisen;
hier: 1. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
2. Genehmigung einer Dienstreise**
248/2003
11. **Benennung des Platzes an der Straße Waldgürtel in Frankenforst**
286/2003
12. **Bericht aus dem Ausländerbeirat am 08.04.2003**
297/2003
13. **Anfragen der Ausschußmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung
- nichtöffentlicher Teil -**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 01.04.2003 - nichtöffentlicher Teil -
294/2003**

3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

4. **Anfragen der Ausschußmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig eingeladen wurde sowie beschlußfähig ist.

Als Grundlage für die heutige Sitzung benennt sie folgende Unterlagen:

1. die Einladung vom 15.05.2003 mit den beigefügten Vorlagen,
2. den Bericht der Verwaltung „Lebenssituation von Familien in Bergisch Gladbach - Daten und Angebote – Mai 2003“

Danach verweist sie auf eine allen Ausschußmitgliedern vorliegende Tischvorlage zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 22.05.2003.

Im Anschluß daran begründet Frau Ryborsch den Antrag ihrer Fraktion. Die Presseberichterstattung der vergangenen Tage zum US-Cross-Border-Leasing und dem hierzu abzuschließenden Arrangeurvertrag sowie die Vorwürfe von ATTAC hätten die Veranlassung für den Dringlichkeitsantrag geboten. Um Schaden von der Stadt abzuwenden, sei eine öffentliche Diskussion über die Vorwürfe von ATTAC unbedingt erforderlich. Der Hauptausschuß besitze hierzu durchaus eine Zuständigkeit.

Sodann faßt der Hauptausschuß mehrheitlich mit den Stimmen der CDU folgenden **Beschluß:**

Die Dringlichkeit des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 22.05.2003 wird verneint. Die Tagesordnung wird nicht um diesen Antrag erweitert.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 01.04.2003 - öffentlicher Teil -

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Mitteilung zum Sachstand hinsichtlich der Spende der Bethe- Stiftung

Bürgermeisterin Opladen informiert über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der durch die Verwaltung nicht vereinnahmten Spende der Bethe – Stiftung. Der Wortlaut der Information ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

5. Vorstellung der internetgestützten Wirtschaftsförderung in Bergisch Gladbach - Vortrag mit On-Line-Vorführung -

Fachbereichsleiter Martmann informiert im Wege einer Online- Vorführung über die internetgestützte Wirtschaftsförderung der Stadt Bergisch Gladbach. Unterstützt wird er durch Herrn Combüchen von der Firma Oevermann.

Er weist auf die Web-Seite der Stadt Bergisch Gladbach www.bergischgladbach.de hin, innerhalb deren der Fachbereich 8 die Rubriken Wirtschaft sowie Tourismus und Verkehr bearbeitet. Mit 1,5 Millionen Seitenaufrufen in ca. 42.000 Sitzungen allein im Monat April 2003 habe die Web-Seite seit ihrer Installierung im Jahr 1994 eine außerordentliche Resonanz erfahren.

Inzwischen besäßen etwa 85 % aller Unternehmen eine eigene Internetpräsenz und nutzten dieses Medium intensiv. Daher habe es nahe gelegen, das Internet zum Anbieten eines städtischen Service in den Bereichen Wirtschaft sowie Tourismus und Verkehr zu nutzen. Er verweist auf das unter der Rubrik Wirtschaft zu findende Portal „Wirtschaft – GL.de“ und auf diesem auf die Gewerbeflächenbörse. Das dort unterbreitete Angebot werde in Zusammenarbeit mit Immobilienmaklern erstellt. Diese hätten die Möglichkeit, sich über ein Kennwort direkt in das Wirtschaftsportal der Stadt einzuloggen und dort über ein Formular ein bestimmtes Angebot zu unterbreiten. Ein mühsames Abgleichen schriftlicher Listen sei aufgrund dieses Verfahrens nicht mehr erforderlich. Zudem habe es den Vorteil, daß die notwendige Pflege der Daten direkt durch die anbietenden Makler erfolge.

Diese Verfahren sei bereits in anderen Städten auf Interesse gestoßen. Es sei daher beabsichtigt, es in den anderen kreisangehörigen Städten und Gemeinden vorzustellen. Denkbar sei, künftig alle Gewerbeflächen und –objekte innerhalb des Kreisgebietes in die Datenbank zu übernehmen und kreisweit sowie parallel auch durch die jeweilige Kommune anbieten zu können.

Es sei des weiteren beabsichtigt, in Abstimmung mit dem Kreis auf dessen Web-Seite künftig Luftbilder der jeweiligen Gewerbestandorte bzw. –objekte einzufügen. Dann könne man über einen entsprechenden Link direkt vom Angebot des Objektes auf das betreffende Luftbild schalten und sich dieses, ggf. mit Vergrößerungsfunktion, ansehen.

Fachbereichsleiter Martmann weist weiterhin darauf hin, daß Interessenten über einen entsprechenden Eintrag in eine Mailingliste auch einen Newsletter zum Wirtschaftsstandort Bergisch Gladbach erhalten können. 420 Abonnenten nutzten bereits diese Angebot. Es werde angestrebt, so viele Unternehmen wie möglich in die Mailingliste

aufzunehmen, um zukünftig möglichst aktuell über den Wirtschaftsstandort Bergisch Gladbach informieren zu können.

Die durch die Einführung der Gewerbeflächenbörse gewonnenen Ressourcen setzte man nun mehr im Bereich Tourismus und Fremdenverkehr ein. Dies sei sinnvoll, da es sich hier trotz der derzeitigen ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen um einen Wachstumsbereich handele. Bergisch Gladbach und der Rheinisch-Bergische Kreis verfügten über ein hervorragend ausgebautes Freizeitangebot sowie über hohe Kapazitäten im Bereich von Hotel und Gastronomie. So bestehe die Möglichkeit, über die Rubrik Tourismus und Verkehr auf ein Unterkunftsverzeichnis zuzugreifen und von dort aus direkt auf die jeweilige Homepage des ausgesuchten Objektes zu gelangen. Angestrebt werde, möglichst alle Anbieter von Unterkünften in das Verzeichnis aufzunehmen und den Informationsgehalt zu verbessern. Zudem sei es auch hier bereits möglich, über die Eingabe bestimmter Koordinaten eine Luftbildaufnahme des Objektes zu erhalten und sich diese genauer anzuschauen.

Bürgermeisterin Opladen bedankt sich für den Vortrag. Sie weist darauf hin, daß das soeben beschriebene Verfahren mit einer außerordentlichen positiven Resonanz auch bei einem Bauträgerforum bei der Kreissparkasse Köln vorgestellt wurde.

6. Machbarkeitsstudie zur Anbindung an die Autobahn A 4

Bürgermeisterin Opladen verweist zunächst auf den Inhalt der Mitteilungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt. Der Schlußbericht sei den auftraggebenden Städten Köln und Bergisch Gladbach in diesem Monat vorgelegt worden. Inzwischen hätten die Ratsfraktionen und die Mitglieder des Hauptausschusses eine Ausfertigung der Machbarkeitsstudie erhalten. Interessierte Bürger könnten ein Exemplar der Studie gegen Kostenerstattung erhalten. In der heutigen Sitzung gebe es eine Vorstellung der Ergebnisse durch Herrn Diplomingenieur Gunther Kesenheimer. Eine weitere Behandlung erfolge in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.07.2003. Der Ausschuß für Stadtentwicklung und Verkehr der Stadt Köln befasse sich mit der Angelegenheit am 03.06.2003. Für diese Sitzung gebe es eine im Wortlaut sehr ähnliche Vorlage wie die der Stadt Bergisch Gladbach. Auch dort solle eine Verweisung in die kommende Sitzung des zuständigen Gremiums erfolgen.

Sodann erläutert Herr Diplomingenieur Kesenheimer die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie im Wege eines Lichtbildvortrages. Der Ausdruck von diesem ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Danach beantwortet er die Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses.

Herr Waldschmidt möchte wissen, ob im Gutachten zwischen Pkw- und Lkw-Aufkommen unterschieden wurde. Lkw würden mit Blick auf die Belästigungen von Straßenanliegern erheblich höhere Immissionen aussenden.

Herr Kesenheimer antwortet, daß durchaus zwischen Pkw und Lkw unterschieden wurde. Allerdings sei das Lkw –Aufkommen auf den Durchgangsstraßen vergleichsweise unterdurchschnittlich.

Herr Freese weist auf den Werksverkehr der Firma Zanders auf der Richard-Zanders-

Straße hin. Werde die sogenannte „Querspange“ gebaut, so bewege sich dieser Werksverkehr künftig auf dieser neuen Straße und dem Refrather Weg. Er möchte wissen, ob dies berücksichtigt wurde.

Herr Kesenheimer antwortet, in der Untersuchung sei der Werksverkehr auf der Richard-Zanders-Straße nicht separat betrachtet worden, sondern in die Gesamtanschauung der Verkehrsbelastung in der Richard-Zanders-Straße mit eingeflossen.

Frau Schmidt-Bolzmann möchte wissen, ob bei den Berechnungen der Kosten für die einzelnen Varianten der Bau der Querspange mit berücksichtigt wurde.

Herr Kesenheimer antwortet, daß diese Kosten zusätzlich zu berücksichtigen seien.

Auf Nachfrage von Herrn Buchholz bestätigt Herr Kesenheimer, daß er die steigende Motorisierungsquote in Bergisch Gladbach in seiner Untersuchung berücksichtigt habe.

Herr Buchholz weist darauf hin, daß viele Navigationssysteme ihre Nutzer bei Ausweichmanövern im rechtsrheinischen Raum sehr schnell über Bergisch Gladbach leiten. Er möchte wissen, ob auch dies berücksichtigt wurde.

Herr Kesenheimer antwortet, daß sich Navigationssysteme in einer Untersuchung wie der vorliegenden nur sehr schlecht abbilden ließen. Es fehle zudem an empirisch belegtem Erfahrungsmaterial zu dieser Thematik.

Auf Nachfrage von Herrn Dehler erläutert Herr Kesenheimer, daß im Bereich der Zählstelle 7, d.h. der Bergisch Gladbacher Straße auf Kölner Stadtgebiet, tatsächlich bis zu 57 % Durchgangsverkehr bestehe. Dies sei jedoch im Hinblick auf eine Entlastung der Dolmanstraße von eher untergeordneter Bedeutung.

Für Bürgermeisterin Opladen ist es vor dem Hintergrund dieser 57 % Durchgangsverkehr auf der Bergisch Gladbach Straße schon interessant zu erfahren, ob sich durch eine Entlastungsstraße eine Entspannung dieser Situation erreichen lasse.

Herr Kesenheimer antwortet, daß sich ein Entlastungseffekt auch für den Kölner Bereich in Grenzen halte, trotz dieses hohen Anteils an Durchgangsverkehr auf der Bergisch Gladbacher Straße.

Für Frau Ryborsch ist die Schaffung eines zusätzlichen Autobahnanschlusses aufgrund der dezidierten Aussagen des Gutachtens sowie der vorwiegend festzustellenden Binnenverkehre entbehrlich. Sie möchte wissen, welche Vorschläge der Gutachter zur Verlagerung der Binnenverkehre unterbreiten könne.

Herr Kesenheimer bedauert, auf diese Frage keine eindeutige Antwort geben zu können. Es gebe keine eindeutige Lösung. Er stellt klar, daß er sich mit seinem Gutachten nicht generell gegen eine Anbindung von Bergisch Gladbach Stadtmitte an die A4 ausgesprochen habe. Er sei lediglich vor dem Hintergrund der **vorgegebenen Fragestellung** zu dem Ergebnis gelangt, daß eine Entlastungsstraße nicht den angedachten und erwünschten Entlastungseffekt erbringe. Bei einer anderen Aufgabenstellung könne das Fazit durchaus ein anderes sein. Es gebe im Bereich der Stadtentwicklung auch andere Aspekte wie zum Beispiel die Sicherung des Wirtschaftsstandortes. Man

könne sich nicht ohne weiteres über die Interessen der Gewerbebetriebe hinwegsetzen.

Für Herrn Orth geht es vornehmlich um die Fragestellung, mit welchen Mitteln bis 2015/2020 auf den Durchgangsstraßen wenigstens der heutige Status Quo erhalten, wenn schon nicht verbessert werden kann. Er möchte wissen, ob die durch das jetzige Gutachten erzielten Ergebnisse und Daten für die Eruiierung dieser und auch anderer Fragestellungen verwendet werden können und die Beauftragung eines zusätzlichen neuen Gutachtens damit entbehrlich werde. Weiterhin möchte er wissen, in welchem Zeitraum solche zusätzlichen Untersuchungen durchgeführt werden könnten und welche Wirkungen ein weitgehend untertunnelter Bahndamm als Entlastungsstraße haben könne.

Herr Kesenheimer bestätigt, daß auf der Basis des vorhandenen Datenmaterials jederzeit weitere Planfälle errechnet werden könnten. Ein gänzlich neues Gutachten sei hierzu nicht erforderlich. Im Falle einer Straße im Bereich des Bahndamms als Tunnellösung müsse bedacht werden, wie diese an das bestehende Straßennetz angebunden werden könne.

Herr Neuheuser möchte wissen, ob eine Anbindung an das Merheimer Kreuz aufgrund der für dieses beschlossenen Rückbaumaßnahmen überhaupt noch denkbar sei.

Herr Kesenheimer antwortet, daß das Merheimer Kreuz nicht entfernt, sondern in seiner Bausubstanz lediglich „ verschlankt “ werde. Seine Funktion bleibe auf dem heutigen Level erhalten.

Stadtbaurat Schmickler ergänzt, daß es diesbezüglich bereits im vergangenen Jahr mißverständliche Äußerungen eines Mitarbeiters des Landesbetriebs Straßenbau NRW gegeben habe. Die daraufhin erfolgte Presseberichterstattung habe der Stadt Bergisch Gladbach die Veranlassung dazu geboten, offiziell beim Landesbetrieb nachzufragen. Dessen Leiter habe bestätigt, daß das Autobahnkreuz Merheim in seiner Funktion uneingeschränkt erhalten bleibe.

Herr Jung geht davon aus, daß der Gutachter andere Aspekte im Zusammenhang mit einer Entlastungsstraße längst berücksichtigt habe. Er fragt an, unter welcher Fragestellung andere Ergebnisse im Hinblick auf eine Entlastungsstraße denkbar seien.

Herr Kesenheimer bestätigt, daß er auch andere Überlegungen angestellt habe, die aber für die heutige Sitzung ohne Belang seien.

Herr Hagen geht ebenfalls davon aus, daß die Stadtmitte in irgend einer Form an die A4 anzuschließen sei. Vor dem Hintergrund des vorwiegend gegebenen Binnenverkehrs möchte er wissen, ob Verflüssigungsmaßnahmen an bestimmten Stellen im Stadtgebiet dazu geeignet seien, regulierend zu wirken. Hinsichtlich der Bewertung von Waldflächen durch den Gutachter möchte er wissen, wie dessen Abwägung zwischen dem Schutz der Natur und dem Schutz der Menschen vor Immissionen vorgenommen wurde.

Herr Kesenheimer antwortet, daß eine sachliche Bewertung der verschiedenen Varianten nicht nur den Aspekt der reinen Verkehrsbelastung vorhandener Straßen, sondern auch den Natur- und Landschaftsschutz sowie das Interesse von Anliegern vor

Immissionen zu werten habe. Allerdings habe schon alleine eine Untersuchung des verkehrlichen Aspektes ausgereicht, alle Varianten als ungeeignet erscheinen zu lassen.

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß im Zusammenhang mit der Ersatzlösung für den Bahnübergang Tannenbergsstraße mehrere Varianten einer Netzergänzung untersucht und besprochen wurden. Geschehen sei jedoch bislang nichts. Der Bereich der Schluchter Heide stehe unter Naturschutz und aufgrund seiner ökologischen Wertigkeit nicht zur Disposition. Sie spricht sich gegen weitere Gutachten aus.

Herr Waldschmidt möchte wissen, ob der Gutachter unter Verwendung der bislang ermittelten Daten ein wirtschaftsgeographisches Gutachten erstellen könne.

Herr Kesenheimer sieht die Möglichkeit der Erstellung eines wirtschaftsgeographischen Gutachtens positiv, sofern die Fragestellung genügend präzisiert werde.

Nach Auffassung von Herrn Buchholz machen die Belastungen auf den Bergisch Gladbacher Durchgangsstraßen sowie der Bergisch Gladbacher Straße und des Mausepades in Köln eine Maßnahme in jedem Fall erforderlich. Es sei schon als Erfolg zu werten, wenn durch eine solche der jetzige Stop-and-Go-Verkehr in einen zähflüssigen umgewandelt werden könne. Er weist darauf hin, daß es nach Aussagen von Frau Hammelrath Landesmittel für weitere Untersuchungen geben könnte. Die Eigenfinanzierung eines weiteren Gutachtens sei aufgrund der vorgegebenen Haushaltssicherung im Moment nicht denkbar. Ggf. sei eine Finanzierung aus den Mitteln für die „Regionale 2010“, die unter anderem vom Kreis mitgetragen werde, möglich.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, Herr Minister Dr. Horstmann habe seine Unterstützung hinsichtlich der Finanzierung der Bahndammtrasse zugesagt. Frau Hammelrath habe auf ein Förderprogramm des Landes zur alternativen Nutzung von Bahndammtrassen hingewiesen, aus dem Machbarkeitsstudien und Trassenführungen finanziert werden könnten. Die Verwaltung habe aufgrund dessen zunächst das zuständige Ministerium angeschrieben, um die Frage der Finanzierung zu klären. Weiterhin habe sie Frau Hammelrath angeschrieben mit der Bitte, ihren Einfluß auf Landesebene dahingehend geltend zu machen insbesondere zu klären, ob die Stadt eine finanzielle Zuwendung für die Erstellung einer weiteren Machbarkeitsstudie erhalten könne. Sie habe Frau Hammelrath gebeten, Herrn Landtagsabgeordneten Eumann zu informieren und sich ggf. mit diesem gemeinsam für die Angelegenheit einzusetzen. Sie habe zuletzt auch den Landtagsabgeordneten Dr. Hans Joachim Franke um Unterstützung gebeten. Dieser habe bereits reagiert und ihr Informationsmaterial in einem größeren Umfang übersendet, das in den kommenden Tagen ausgewertet werde.

Herr Orth qualifiziert eine Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer Straßenanbindung über den alten Bahndamm als einzigen Schritt, der weiterbringe. Bei Licht betrachtet blieben nur die Varianten 5 und 6 übrig. Das wesentliche Ergebnis der Studie sei, daß sich ein gemeinsames Projekt mit der Stadt Köln nicht realisieren lasse.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß die verkehrliche Entlastungsqualität aller Varianten relativ gering sei. Für sie stehe nicht fest, ob eine erweiterte Betrachtung unter Stadtentwicklungs- oder wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten nur die Sinnhaftigkeit der Varianten 5 und 6 bestätige. Die Trassen auf Kölner Gebiet seien hier ebenfalls mit einzubeziehen. Sie gehe daher von der Notwendigkeit weiterer Un-

tersuchungen aus. Sie werde solange von einem gemeinsamen Projekt mit Köln nicht Abstand nehmen, bis von dort, ggf. aus den gleichen sachlichen Gründen wie heute in diesem Hauptausschuß aufgezeigt, solches erfolge. Solange der Stadtentwicklungsausschuß der Stadt Köln nicht entschieden habe, kein gemeinsames Projekt mit Bergisch Gladbach zu verwirklichen, halte sie eine einseitige Distanzierung der Stadt von einem gemeinsamen Projekt für falsch. Man wisse auf der einen Seite nicht zu welchem Ergebnis eine neue Studie, egal von welchem Büro sie gefertigt werde, komme. Auf der anderen Seite habe man sich gezielt an das Ministerium von Herrn Vesper hinsichtlich einer Förderung der Untersuchung des Bahndamms gewandt. Ihrer Auffassung nach sei es korrekt und der Sache förderlich, wenn man sich derzeit noch alle Optionen offenhalte.

Frau Ryborsch hält es angesichts der desolaten Haushaltslage des Landes für unangebracht, von dort Mittel für eine weitere Studie anzufordern. Einen Autobahnzubringer könne ohnehin niemand finanzieren.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß sich die Aktivitäten der Verwaltung aus den Aussagen von Minister Dr. Horstmann ergeben hätten.

Auf Vorschlag von Bürgermeistein Opladen wird Einvernehmen erzielt, die Behandlung der Angelegenheit in der heutigen Sitzung als erste Lesung zu betrachten und dem Hauptausschuß am 08.07.2003 eine neue Vorlage zu unterbreiten. Bis dahin würden hoffentlich Beratungsergebnisse aus Köln vorliegen, die man ggf. schon vorher bekannt geben könne. Letztendlich müsse der Hauptausschuß als Stadtentwicklungsausschuß eine Entscheidung treffen.

Sie bedankt sich bei Herrn Kesenheimer für den gut verständlichen Vortrag.

Danach unterbricht sie die Sitzung für 10 Minuten.

7. Tragfähigkeitsanalyse für zwei projektierte Einkaufszentren

Herr Hagen nimmt an den Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil. Er wird durch Frau Schu ersetzt.

Bürgermeisterin Opladen weist zunächst auf ein Schreiben von Herrn Theo Becker vom 26.05.2003 hin, mit dem dieser die Aufhebung bzw. die Vertagung des Tagesordnungspunktes erbitte. Sie gehe davon aus, das Herr Becker dieses Schreiben auch allen Fraktionen habe zu kommen lassen. Entsprechende Anträge könnten jedoch nicht von Herrn Becker, sondern lediglich durch die Mitglieder des Hauptausschusses gestellt werden.

Des weiteren liege ihr ein Schreiben der Löwencenter Service Gesellschaft mbH vom 26.05.2003 vor, mit welchen diese auf ihre beabsichtigte Erweiterungsplanung des Löwen-CityCenters hinweise.

Zur Behandlung der Angelegenheit verweist sie auf die sehr ausführliche Beschlußvorlage. Zudem hätten die Fraktionen Exemplare der Tragfähigkeitsanalyse zum Studium erhalten. Aus Sicht der Verwaltung seien die Berechnungen und Schlußfolgerungen des Gutachters plausibel und nachvollziehbar. Sie könnten daher als Grundla-

ge für die Beschlüsse im Hauptausschuß und im Planungsausschuß herangezogen werden. Eine Festlegung auf 21.000 m² sei nach den Untersuchungsergebnissen vertretbar. Mit einer Entscheidung werde mittel- bis langfristig die Verkaufsflächenentwicklung in der Stadtmitte vorgegeben.

Stadtbaurat Schmickler ergänzt, daß die Verwaltung den Gutachter zur Möglichkeit einer Erweiterung von Verkaufsflächen aus dem Bestand heraus befragt habe. Dieser habe bei seinen Untersuchungen bereits solche Möglichkeiten mit in seine Überlegungen einbezogen. Entwickelten sich Erweiterungen von Verkaufsflächen aus den ausgeübten Nutzungen heraus, so seien diese nicht auf die 21.000 m² an zusätzlicher Verkaufsfläche aufzurechnen. Diese Vorgehensweise des Gutachters sei richtig und sinnvoll, da er in seinen Untersuchungen bestehende Baurechte aufgrund rechtsverbindlicher Bebauungspläne in der Stadtmitte nicht ignorieren durfte. Solche Baurechte könne und wolle man nicht in Frage stellen. Die bestehenden Sortimente im Stadtgebiet seien ohnehin im Gutachten berücksichtigt worden. Eine andere Situation würde sich nur dann ergeben, wenn aus den Erweiterungen aus dem Bestand heraus großflächige neue Sortimente entstünden.

Es schließt sich eine kontroverse Diskussion über die beiden Projekte an, die einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt.

Herr Dr. Kassner weist unter Bezugnahme auf die vorgesehenen 7.000 m² zusätzlicher Verkaufsfläche am Standort Hauptstraße von Poststraße bis Driescher Kreuz darauf hin, daß dort bereits Verkaufsfläche existiere. Er bittet die Verwaltung, die dort bestehende Verkaufsfläche zu beziffern.

Für Stadtbaurat Schmickler hängt eine Beantwortung der letzten Frage zunächst von der exakten Abgrenzung des Gebietes ab. Er geht aber davon aus, daß schon einige tausend Quadratmeter Verkaufsfläche hinzutreten. Abhängig sei dies auch davon, ob man nur die eine Seite der Hauptstraße einbeziehe oder auch noch die gegenüberliegende Seite hinzunehme.

Herr Orth geht davon aus, daß es sich beim aktuellen Gutachten um eine Kaufkraftanalyse handele. Die gerade noch als zulässig erachteten 21.000 m² an zusätzlicher Verkaufsfläche würden nicht nach verschiedenen Branchen unterteilt. Er halte die Aussage, daß die beabsichtigte Erweiterung des Löwen-CityCenters um 5.500 m² zusätzlicher Angebotsfläche nicht aufzurechnen und daher zentrumsunschädlich sei, für sehr gewagt. Eine solche Entwicklung werde in jedem Fall Folgen für das Zentrum haben. Zudem bewerte er den für das Gladium-Projekt vorgesehenen Standort als zweitrangig. Besser sei die untere Hauptstraße als Standort für ein weiteres Einkaufszentrum.

Stadtbaurat Schmickler weist darauf hin, daß es sich bei den Investoren um mit dem Einzelhandel in Bergisch Gladbach verbundene Personen handele, die nicht beabsichtigten, diesen in der von Herrn Orth befürchteten Form zu zerstören.

Herr Freese merkt an, daß der Investor des Gladium-Projektes etwa 700 Stellplätze auf drei übereinanderliegenden Parkierungsflächen schaffen wolle. An dieser Stelle stehe derzeit ein Parkhaus, das auch dem Stellplatznachweis des bestehenden Einzelhandels in der Stadtmitte diene. Die verschiedenen Einzelhändler im Bereich der Straße Am alten Pastorat sowie in der Hauptstraße seien seinerzeit mit Ablösebeträ-

gen kräftig zur Kasse gebeten worden, die zur einem erheblichen Teil in den Bau des Parkhauses geflossen seien. Nunmehr solle an dieser Stelle eine zusätzliche Verkaufsfläche von 14.000 m² entstehen. Er gehe davon aus, daß die bestehenden, auf der Grundlage von Ablösebeiträgen entstandenen Stellplätze erhalten bleiben müßten und die neuen Stellplätze für das Gladium-Projekt auf diese aufzurechnen seien. Er möchte wissen, auf welche Weise die Verwaltung den Erhalt der bereits geschaffenen und nach wie vor notwendigen Stellplätze garantieren will.

Stadtbaurat Schmickler möchte diese Frage nicht unmittelbar beantworten, sondern zunächst eine genaue Prüfung vornehmen. Ggf. werde man Herrn Freese eine schriftliche Antwort erteilen.

Herr Buchholz hält es für notwendig, die vorgesehene Grundsatzentscheidung zu treffen. Er bewertet das Verhalten des Investors für den Bereich der unteren Hauptstraße als eine „Geheimniskrämerei“ größten Ausmaßes. Er habe im Einvernehmen mit allen Fraktionen eine Sondersitzung des Planungsausschusses einberufen, damit der Investor durch eine von ihm beauftragte Gruppe seine Pläne vorstellen konnte. Mit größtem Befremden mußte die CDU-Fraktion anschließend feststellen, daß der Investor sich anschließend mit detaillierten Plänen weder bei der Bürgermeisterin, beim Stadtbaurat noch bei den Fraktionen gemeldet habe. Dies sei seiner Auffassung nach nicht die geeignete Art und Weise, ein derart wichtiges Projekt der Stadtentwicklung anzugehen. Es sei nunmehr notwendig, daß der Investor mit konkreten Planvorlagen antrete, auf deren Grundlage die zuständigen Gremien eine Entscheidung treffen können. In jedem Falle müsse der Gesamtangelegenheit endlich Fortgang gegeben werden, weshalb die CDU-Fraktion den Beschlußvorschlag uneingeschränkt mittrage. Entsprechend dem im Planungsausschuß am 29.01.2003 gefaßten Beschluß habe die Hahn-Gruppe als Investor für das Gladium-Projekt alle geforderten Nachweise geführt. Die Pläne des Investors Becker für das Kaskade-Projekt seien demgegenüber nebulös geblieben. Auskünfte seien lediglich telefonisch gegeben, Unterlagen oder Pläne nicht vorgelegt worden. Die CDU-Fraktion sehe daher keine Veranlassung, vom unterbreiteten Beschlußvorschlag abzuweichen.

Frau Ryborsch hält es angesichts der jahrelangen Stagnation im Bereich der Fortentwicklung der Verkaufsflächen in der Stadtmitte für wenig hilfreich, einen Investor zu beschimpfen. Sie möchte wissen, ob und inwieweit Stadtbaurat Schmickler versucht habe, die Investoren an einen Tisch zu bekommen, um bestehende Interessenlagen aufeinander abzustimmen. Zudem wünscht sie Auskunft darüber, was die Nachverhandlungen mit dem Investor Hahn hinsichtlich der überaus preiswerten Abgabe des Grundstückes erbracht haben.

Stadtbaurat Schmickler führt aus, daß es für den Innenstadtbereich eine gültige Rahmenplanung und eine aktuelle Zentrenstudie gebe. Zudem liefen derzeit die Aufstellungsverfahren für zwei neue Bebauungspläne. Insoweit werde die Angelegenheit planungsrechtlich korrekt abgewickelt. Das gewählte Instrument des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes biete zudem die Gewähr, daß Rat und Verwaltung in beide Vorhaben steuernd eingreifen können. Im übrigen bemühe sich die Verwaltung bei nahe in jedem Gespräch mit den Investoren, eine Kooperation zwischen diesen herbei zu führen. Man werde hierin fortfahren. Hinsichtlich des Grundstückes des Parkhauses würden die Verhandlungen derzeit weitergeführt. Er hoffe, bis zur Offenlage des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ein Ergebnis präsentieren zu können. Der Investor habe sich inzwischen auf die Gedankengänge der Verwaltung eingelassen.

Für Frau Schmidt-Bolzmann ist der Beschlußvorschlag der Verwaltung ein unzulässiger Dirigismus.

Für Herrn Orth muß die Aufwertung bzw. Schaffung von Verkaufsflächen unmittelbar an der Hauptstraße Priorität haben. Der Standort des Gladium-Projektes sei demgegenüber zweitrangig. Vor allem durch die weiter existierende Straßenrampe falle der Standort deutlich zurück. Die SPD-Fraktion habe zudem Zweifel daran, daß die für das Projekt vorgestellte Verkehrslösung praxistauglich sei und sich die Standortproblematik auch auf die Wirtschaftlichkeit des Projektes auswirke. Diese stelle sich im Falle des Kaskade-Projektes mit seiner direkten Anbindung an die untere Hauptstraße wesentlich besser dar.

Stadtbaurat Schmickler bewertet den Standort des Gladium-Projektes nicht als zweitrangig. Er habe andere Qualitäten als der an der unteren Hauptstraße. Städtebauliches Ziel müsse es sein, an beiden Standorten eine angemessene Entwicklung zu ermöglichen.

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, daß entsprechend eines Einvernehmens im Rat beiden Projekten gleiche Chancen eingeräumt werden sollten. Aufgrund dessen habe man in den Planungsausschußsitzungen am 29.01. und 26.03.2003 bewußt keine Entscheidungen getroffen, sondern sogar noch eine Sondersitzung im April einberufen. Beiden Investoren sollte die Möglichkeit gegeben werden, dem Rat Unterlagen zu präsentieren, damit dieser eine sachgerechte Entscheidung treffen kann. Genutzt habe diese Chance jedoch nur der Investor des Gladium-Projektes. Der zweite Investor habe demgegenüber versucht, den Rat vorzuführen. Zugesagte Planunterlagen seien einfach nicht beigebracht worden. Stattdessen werde heute zum wiederholten Male versucht, eine Entscheidung über die Angelegenheit vertagen zu lassen. Beide Standorte seien geeignet für ein Einkaufszentrum. Der Standort des Gladium-Projektes sei über die Grüne Ladenstraße hervorragend an den Konrad-Adenauer-Platz angebunden. Hier sei die eigentliche Stadtmitte. Das Kaskade-Projekt verlagere den geschäftlichen Schwerpunkt etwas von dieser weg. Auf der anderen Seite habe es eine sehr gute Anbindung an den zukünftigen neuen Busbahnhof. Daher seien beide Standorte als gleichwertig zu sehen. Da die Pläne für das Gladium-Projekt vorlägen, beabsichtige die CDU-Fraktion heute zu entscheiden.

Frau Ryborsch merkt an, daß die verkehrliche Anbindung des Gladium-Projektes alles andere als gut sei. Sie beantragt, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Zum einen müsse ein konkretes Ergebnis hinsichtlich der Nachverhandlungen zum Grundstückspreis mit dem Investor Hahn vorgelegt werden. Zum zweiten befürchte sie den Verlust der Möglichkeit, den Bereich der unteren Hauptstraße durch die Realisierung des Kaskade-Projektes erheblich aufzuwerten. Die Verwaltung sei zu beauftragen, in beiden Fragen zu greifbaren Ergebnissen zu gelangen.

Herr Buchholz spricht sich gegen eine Vertagung aus.

Sodann lehnt der Hauptausschuß den Antrag auf Vertagung mehrheitlich mit den Stimmen der CDU ab.

Danach faßt der Hauptausschuß mehrheitlich mit den Stimmen der CDU folgenden **Beschluß:**

- a) Für das Versorgungszentrum Stadtmitte wird die vom Gutachter empfohlene zusätzliche Verkaufsfläche in einer Bandbreite von 18.000 m² bis 21.000 m² als Obergrenze bindend festgelegt.
- b) Die Verkaufsflächen verteilen sich dabei folgendermaßen:
- | | |
|---|----------------------------|
| Standort Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße | max. 14.000 m ² |
| Standort Hauptstraße von Poststraße bis Driescher Kreuz | max. 7.000 m ² |
- c) Dem Planungsausschuß wird empfohlen, bei den Festsetzungen zu den entsprechenden Bauleitplänen diese Maximalwerte zu berücksichtigen.
- d) Um die in den Bebauungsplänen festzuschreibende Art und das Maß der baulichen Nutzungen und deren Realisierungsfähigkeit besser einschätzen zu können, werden von den tätigen Investoren folgende ergänzende sowie aktualisierte Unterlagen angefordert:
- Wirtschaftlichkeitsberechnung (detaillierte Kosten- und Ertragsgegenüberstellung), auch differenziert nach den einzelnen Bausteinen (z.B. Hotel, Kino-Center, Parkierungsflächen, usw.).
 - Aktuelles Nutzungs-Konzept (soweit sich nach Einreichung der Projektunterlagen wesentliche Änderungen ergeben haben).
 - Schlüssiges Finanzierungskonzept.
 - Informationen über definitiv abgeschlossene Mietverträge sowie Informationen über aktuelle Gespräche mit potentiellen Mietern.

Frau Schu verläßt die Sitzung. Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

8. **Antrag der SPD-Fraktion vom 18.04.2002 zu dem Antrag der Fraktion vom 04.03.2002 mit familienpolitischen Themen; hier: Bericht "Lebenssituation von Familien in Bergisch Gladbach - Daten und Angebote"**

Bürgermeisterin Opladen schlägt vor, den Bericht zunächst in die in der Vorlage benannten Fachausschüsse einzubringen. Anschließend könne sich der Hauptausschuß in seiner Sitzung am 08.07.2003 mit ihm sowie den Beratungsergebnissen und den Empfehlungen der Ausschüsse befassen.

Herr Hoffstadt ist mit dieser Verfahrensweise einverstanden, bittet allerdings noch um nähere Klärung hinsichtlich der angedachten Bürgerbeteiligung durch die Fachausschüsse. Seiner Auffassung nach sei die Angelegenheit auch im Planungsausschuß zu behandeln.

Bürgermeisterin Opladen hat hiergegen keine Bedenken.

Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

9. **Satzung über die Festlegung der Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach für die Wahlperiode 2004 bis 2009**

Auf Nachfrage von Frau Ryborsch erläutert Fachbereichsleiter Widdenhöfer, daß aufgrund des Kommunalwahlgesetzes 58 Vertreter in den Rat entsandt werden können. Diese Anzahl könne um maximal 6 Personen verringert werden. Die Entscheidung, die seinerzeit getroffen wurde, müsse aus rechtlichen Gründen für die Wahlperiode 2004 bis 2009 wiederholt werden.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende **Beschlussempfehlung:**

Die Satzung über die Festlegung der Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach für die Wahlperiode 2004 bis 2009 wird in der beiliegenden Form beschlossen.

10. **Stadtvertretung, Dienstreisen;**
hier: 1. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
2. Genehmigung einer Dienstreise

Herr Waldschmidt bittet darum, Frau Schöttler- Fuchs im Hinblick auf ihre Teilnahme an den Sitzungen des Gleichstellungsausschusses beim Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund genauso zu behandeln wie Frau Schu im Hinblick auf die Teilnahme an den Sitzungen des Hauptausschusses des gleichen kommunalen Spitzenverbandes.

Dies wird von Bürgermeisterin Opladen zugesagt.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden **Beschluß:**

1. **Die Dringlichkeitsentscheidung vom 29.04.2003 wird genehmigt.**
2. **Die Dienstreise von Frau Rosemarie Schu zur Teilnahme an der Sitzung des Hauptausschusses des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen am 07. und 08.04.2003 wird hiermit nachträglich genehmigt.**

11. **Benennung des Platzes an der Straße Waldgürtel in Frankenforst**

Auf Nachfrage von Frau Schmidt-Bolzmann stellt Bürgermeisterin Opladen klar, daß am künftigen Belgischen Platz keine Anlieger wohnten. Somit sei kein Bürger von der Notwendigkeit einer Adressenänderung betroffen.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

Der Platz an der Straße Waldgürtel in Frankenforst erhält die Bezeichnung Belgischer Platz.

12. Bericht aus dem Ausländerbeirat vom 08.04.2003

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

13. Anfragen der Ausschußmitglieder

1. Anfrage zur Handhabung der Geschäftsordnung

Frau Schmidt-Bolzmann äußert Zweifel an der rechtmäßigen Handhabung der Geschäftsordnung bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes 7. Sie weist darauf hin, daß sich Herr Hagen durch Frau Schu vertreten ließ. Dies habe ihrer Auffassung nach zur Folge, daß die Anzahl der Stimmen der CDU-Fraktion um eine gesunken sei, da die Stimme von Frau Schu nicht mitgezählt werden durfte. Letzteres sei in der Abstimmung jedoch geschehen.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß das Verfahren rechtmäßig war. Sie sichert Frau Schmidt-Bolzmann dennoch eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

2. Anfrage zur Wahrnehmung der Geschäftsführung im Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß die Geschäftsführung im Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit seit kurzem nicht mehr durch einen Mitarbeiter der Verwaltung wahrgenommen werde. Sie möchte wissen, ob dies auf einer Aufkündigung durch die Verwaltung beruhe und hierzu nicht ein Beschluß des zuständigen politischen Gremiums erforderlich sei.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß der frühere Geschäftsführer seine Tätigkeit beim Stadtverband selbst niedergelegt habe. Im übrigen könne sie den Einsatz eines städtischen Bediensteten für solche Zwecke selbst entscheiden. Es sei aus dem politischen Raum gebeten worden, die Geschäftsführung von Vereinen nicht mehr von städtischen Bediensteten wahrnehmen zu lassen. Sie habe in diesem Falle die sich bietende Möglichkeit ergriffen. Diese werde sich auch an anderer Stelle fortsetzen.

3. Anfrage zur Wahrnehmung einer Vorstandsfunktion durch Bürgermeisterin Opladen im Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund

Auf die o. g. Anfrage von Herrn Orth erläutert Bürgermeisterin Opladen, daß die Presseberichterstattung des Kölner Stadtanzeigers zu dieser Angelegenheit irreführend gewesen sei. Sie sei nicht vom Rat in die Vorstandsfunktion entsandt worden, sondern das Präsidium des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Ge-

meindebundes habe sie in diese berufen. Dies habe sie gegenüber der Presse auch so geäußert, jedoch sei dies bedauerlicherweise falsch dargestellt worden.

Herr Orth fragt nach, ob Bürgermeisterin Opladen die Beträge aus ihrer Vorstandsfunktion dann doch an die Stadt abführe.

Bürgermeisterin Opladen ist nicht bereit, Herrn Orth hierzu eine Auskunft zu geben. Hierzu bestehe keine Verpflichtung. Sie habe bereits erklärt und wiederhole dies noch einmal, daß sie sich an die Rechtslage halte.

4. Anfrage zur Stellplatzsituation im Bereich Stadtmitte nach Verwirklichung des Gladium-Projektes

Herr Freese bittet darum, die von ihm im Rahmen der Diskussion zu Punkt 7 gestellte Frage hinsichtlich des Stellplatznachweises im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Gladium-Projektes zu beantworten.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, daß diese Frage schriftlich beantwortet wird.

Danach schließt sie die öffentliche Sitzung.